Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 202. Dienstag, 30. August 1927, abends. **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ein Bröckchen vom Tische.

Von der reichbesetzten Tafel der Ententelenker ist ein kleines Bröckchen für uns unter den Tisch gefallen. Ein kleiner Bissen, der den Großmütigen an der Tafel nicht weh tut, uns aber auch nicht viel nützt. Immerhin, trotz der Kleinheit dieses Bissens müssen wir uns zu der Einsicht bequemen, daß er nach der Ansicht der „Weltsieger" die Einlösung der uns versprochenen Rückwirkungen Locarnos darstellt. Es ist nur allzu begreiflich, daß diese letzte Einigung zwischen London und Paris über die proportionale Verminderung der Besatzungsstärke am Rhein um 10 000 Mann im gesamten Deutschland ohne Rücksicht auf Parteieinstellung eine Stimmung auslöste, die wahrlich nicht als zufrieden oder hoffnungsfreudig gewertet werden kann. Ein kurzer Blick durch die deutsche Presse belehrt uns, daß auch die Organe, die früher sich über die Auswirkungen von Locarno und über die Möglichkeit der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sich äußerst optimistisch ausließen, recht viel Wasser in den Wein ihrer Zuversicht geschüttet haben. Sogar die „Germania" scheut sich nicht, die ganze Angelegenheit mit dem richtigen Namen zu nennen. Sie bewertet das Ergebnis der Einigung zwischen London und Paris als eine „lächerliche Maus", deren Winzigkeit in gar keinem Zusammenhang mit dem großen Geschrei stände, das sich drüben im Ententelager in den letzten Monaten erhoben habe: „Es führt zu nichts Gutem, wenn man lediglich aus Rücksicht auf das Prestige eines politischen Experiments die Dinge nicht beim richtigen Namen nennt. Es wäre nicht wahrheitsgetreu, wollte man leugnen, daß das deutsche Volk sich durch diese sog. Rückwirkung in seinen auf Locarno gesetzten Erwartungen betrogen fühlt. Es ist unseres Erachtens selbstverständlich, daß diese schmerzliche Erfahrung auf das weitere politische Verhalten Deutschlands nicht ohne Einfluß bleiben kann." Eine recht deutliche Sprache, die hier das maßgebende Organ des Zentrums seiner Kritik über den französisch-englischen Beschluß leiht. Eine Kritik, der auch wir uns ganz anschließen können und der wenig anzufügen ist.

Das Anerbieten der Ententestaaten, die Besatzungstruppen am Rhein von 70 000 auf 60 000, also um ganze 10 000 Mann, zu verringern, ist in der Tat, wenn man sich die großen Versprechungen vergegenwärtigt, die damals, als Locarno unterschrieben werden sollte, von der Seite der Sieger gemacht wurden, ein platter Betrug. Die Unterzeichner des Paktes verpflichteten sich uns gegenüber durch Wort und Siegel, daß sie nach Schaffung des vorliegenden Garantievertrages entschlossen wären, die Besatzungsstärke am Rhein in einem „normalen" Rahmen zu halten, d. h., wenn man diesem Versprechen überhaupt einen Sinn geben will, ihre Truppenstärke am Rhein dem Mannschaftsbestand anzupassen, den Deutschland vor dem Kriege, also in normalen Zeiten, im besetzten Rheinland unterhielt. Unseres Wissens ist auch bei den Aussprachen, die der Unterzeichnung des Locarnopaktes vorausgingen, die deutsche Auslegung den Herren von Paris und London nicht verheimlicht worden. Sie wußten also, unter welchen Voraussetzungen Deutschland dem Locarnovertrag zustimmen wollte und gaben durch ihr Stillschweigen zum mindesten zu erkennen, daß sie die Richtigkeit der deutschen These nicht anzuzweifeln entschlossen seien. Die französisch-englische Einigung, die jetzt vorliegt, zeigt, daß wir uns wieder einmal in der „Loyalität" unserer ehemaligen Gegner getäuscht haben.

Immerhin ist zu erkennen, daß sowohl England wie auch Italien und Belgien nicht abgeneigt waren, sich den deutschen Wünschen zu nähern. Wenn die englische Forderung auf eine ausgedehntere Verminderung der Besatzung in Paris an der Halsstarrigkeit der Herren Foch und Poincaré nicht durchgedrückt werden konnte, so zeigt es sich doch zum mindesten, daß man sich in London wenigstens Mühe gab, dem Recht Geltung zu verschaffen. Wie so oft in den letzten Jahren spielte in der Politik des Herrn Chamberlain die Rücksicht auf das offizielle Frankreich eine größere Rolle als die Rücksicht auf das Prestige der Londoner Regierung. Daß dieser erneute Umfall Londons auch im Lager an der Themse nicht ohne Eindruck blieb, das lehren die Rücktrittsabsichten Lord Cecils, des ständigen Vertreters Englands im Völkerbund. Lord Cecil mißbilligte nicht nur die englische Politik der kürzlich zu einem blamablen Ende geführten Seeabrüstungskonferenz in Genf, er war auch ein entschiedener Gegner der bisherigen Einstellung Londons zur Frage der Rheinlandsbesatzung. Er machte kein Hehl aus seiner Meinung, daß das gesamte Rheinlandsheer zurückgezogen werden könne, ohne daß hierdurch die Sicherheit Frankreichs an der Grenze ernstlich bedroht würde. Es dürfte wohl keine falsche Annahme sein, wenn man behauptet, daß die Rücktrittsabsichten Cecils mit diesem Umfall Englands in der Besatzungsfrage in Zusammenhang zu bringen seien.

Für Deutschland erhebt sich nun nach diesem „Angebot" Paris' und Londons die Frage, was zu tun ist. Die Frage, ob nach diesem von der „Germania" zitierten Betrug die Einstellung des Reiches zu Locarno eine Veränderung erfahren soll oder nicht. Wir stehen jetzt unmittelbar vor dem Wiederzusammentritt des Völkerbundsrates. Sind daher fest überzeugt, daß die deutsche Delegation in Genf nicht versäumen wird, der tiefen Enttäuschung Deutschlands über den Pariser Entschluß mit der gebotenen Energie Ausdruck zu verleihen. Ob aber eine solche Erklärung oder auch ein Protest irgend einen Erfolg erzielen wird, diese Frage dürften wohl auch die unentwegtesten Optimisten in Deutschland kaum bejahen. Wir sind betrogen worden, nicht weil wir die Dümmeren sind, sondern weil die anderen den Betrug wollten und sie — die Stärkeren sind.

Vor der Genfer Völkerbundstagung.

Die Beurteilung in Berlin.

)(Berlin, 29. August. Von der Tagung des Völkerbundsrates werden in Berliner politischen Kreisen **irgendwelche Sensationen nicht erwartet.** Von grundsätzlicher Bedeutung unter den Punkten der Tagesordnung ist die **Entscheidung in dem Streitfall zwischen Rumänien und Ungarn,** weil sie die Frage der Kompetenz der gemischten Schiedsgerichte und die Anrufung des Völkerbundsrates gegen ihr Votum betrifft. Dieselbe grundsätzliche Frage spielt hinein in die **Anrufung des Völkerbundsrats durch Griechenland wegen des Streitfalls um den Kreuzer „Salamis".** Die Reichsregierung hat mit der Angelegenheit direkt nichts zu tun. Die Entscheidung sollte durch einen Ausschuß vorbereitet werden. Besonders hat sich der englische Außenminister um die Beilegung bemüht. Er hat auch einen Vorschlag ausgearbeitet, der ein Entgegenkommen von beiden Seiten und eine gewisse Entschädigung an die Bulkanwerft vorsieht. Dieser Vorschlag ist aber von keiner Seite akzeptiert worden. Ferner stehen eine Reihe Danziger Fragen auf der Tagesordnung. Ueber sie ist das Wesentliche bereits in der Presse bekanntgeworden.

Das Völkerbundsplenum, das nach der Ratstagung zusammentritt, wird sich vor allem mit der Weltwirtschaftskonferenz, der Durchführung ihrer Ergebnisse und mit der Abrüstung beschäftigen. Wie Dr. Stresemann auf der letzten Ratstagung angekündigt hat, wird in der Plenarversammlung **von deutscher Seite eine Erklärung erfolgen, die unseren Standpunkt in der Abrüstungsfrage zum Ausdruck bringt.**

Daneben werden natürlich auch wieder die **besonderen Besprechungen der Außenminister** stattfinden. Diese Besprechungen sind früher angegriffen worden, nach deutscher Auffassung aber mit Unrecht, weil sie doch nichts weiter sind als die Ausnutzung aller Gelegenheiten zur Verständigung zwischen den Völkern. Uebrigens werden auch diesmal solche Besprechungen nicht nur zwischen den Vertretern der Locarnomächte, sondern auch mit den Ministern anderer Länder erfolgen. **Das Thema der Unterhaltungen zwischen den Außenministern der Locarnomächte wird zweifellos auch die Truppenverminderung im Rheinland, wie die Fortführung der Locarnopolitik überhaupt, umfassen.**

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß **Briand** seine Auffassung zu gewissen Fragen dieser Art **noch vor dem Auseinandergehen der Interparlamentarischen Union klarstellen wird, um so mehr, als die Aeußerungen Jouvenels sie ziemlich zugespitzt haben. Es muß übrigens vor** der in der deutschen Presse häufigen Auffassung gewarnt werden, als sei Briand ein politisch bereits toter Mann. Im Gegenteil hat man aus der Entwicklung der letzten Wochen den Eindruck, daß er sich von seiner Krankheit, durch die er beinahe das Augenlicht verloren hätte, ausgezeichnet erholt hat und daß er nun wieder eine stärkere Initiative entfaltet. Das ist auch bei der Behandlung der Truppenverminderung in die Erscheinung getreten. Wenngleich das quantitative Ausmaß der Herabsetzung der Besatzungsstärke in Berliner politischen Kreisen keineswegs voll befriedigt, so ist die Tatsache der Verminderung auf der anderen Seite doch von besonderer Bedeutung unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der Fortführung der Locarnopolitik und der Erfüllung der hiermit zusammenhängenden Zusagen. Diese Angelegenheit muß überhaupt an Hand ihrer ganzen Entwicklung gesehen werden. Als der Reichsaußenminister im Reichstag von unserem Recht auf Truppenverminderung sprach, erfolgte seinerzeit in der französischen Kammer sofort eine Interpellation, die dieses Recht bestritt. Nachdem Poincaré ihre Beantwortung verhindert hatte, stellte die französische Presse allgemein die Behauptung auf, daß in dieser Frage kein Recht Deutschlands, sondern nur ein besonderes französisches Wohlwollen in die Erscheinung treten könne. Noch vor kurzem hat dann der angebliche Bericht des Generals Guilleaumat der übrigens nicht direkt von ihm, aber aus seiner Umgebung, den leitenden Kreisen der Besatzung, stammte, die These aufgestellt, daß die Sicherheit Frankreichs jede Verminderung ausschließe. Gegen diese These hatte Briand anzukämpfen. Der Verlauf hat dann gezeigt, daß seine Stellung erheblich stärker geworden ist. Er wurde dabei durch die ehemaligen Alliierten unterstützt, die die Auffassung der militärischen Kreise als eine Absage an Locarno bezeichneten. Nachdem jede Verminderung von französischer Seite zuerst überhaupt abgelehnt worden war, gestand man 5000 Mann zu, und schließlich ist das Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Forderung — die sich auf 15 000 Mann belief — zustande gekommen, indem man sich auf eine Zahl einigte, die zwischen 10- und 11 000 Mann liegt. Dabei ist zu beachten, daß in der Art der Durchführung der Verminderung auf die Erleichterung der Wohnungslage im besetzten Gebiet besondere Rücksicht genommen werden soll. So soll z. B. ein großer Stab verlegt werden, der bisher sehr viel Räume beanspruchte. Hervorzuheben ist, daß Chamberlain sich während der letzten drei Monate sehr energisch und zäh dafür eingesetzt hat, daß die Truppenverminderung bis zur kommenden Genfer Tagung geregelt werde.

Außerdem werden sich die **Unterhaltungen der Außenminister** diesmal zweifellos auch **mit der Frage der Rheinlandräumung beschäftigen.** In Berlin ist man freilich der Auffassung, daß eine Entscheidung hierüber vor dem nächsten Jahr nicht zu erwarten ist, schon allein deshalb nicht, weil vor den französischen Wahlen niemand die Verantwortung für die Regelung dieses großen Problems übernehmen wird. Aber hier arbeitet die Zeit nur für den deutschen Standpunkt. **Die Anhänger einer langen Besatzungsdauer sind schon jetzt so isoliert, daß sie nirgendwo in der Welt unterstützt werden.** Sowohl England als auch Belgien legen auf die Fortführung der Besatzung keinen Wert. Was Jouvenel hierzu gesagt hat, ist nur eine Anklage gegen die französische Politik. Es liegt aber Grund zu der Annahme vor, daß auch offizielle Kreise Frankreichs den Standpunkt Englands teilen, wonach die Ostfragen ebenfalls bereits durch Locarno geregelt sind, und zwar in einer Form, die die schiedsgerichtliche und friedliche Lösung von Streitfragen gestattet.

Die Reichsregierung betrachtet die Frage der Rheinlandräumung unter einem Gesichtspunkt, der irgendwelche Gegenleistungen ausschließt. Das Projekt von Thoiry steht für sie als durch die Entwicklung überholt außerhalb der Debatte.

Nach der Rückkehr der deutschen Delegation von Genf wird das Reichskabinett sich, wie üblich, erneut mit der außenpolitischen Lage beschäftigen und seine Stellungnahme bestimmen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskanzlers, Dr. Geßler, zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Von den Mitgliedern des Kabinetts nahmen außer Reichswehrminister Dr. Geßler nur noch die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Curtius, Dr. Koch und Schiele an den Beratungen teil, da die übrigen Minister nicht in Berlin sind.

Wie das Wolffbüro auf Erkundigung erfährt, ist **die offizielle Benachrichtigung über die beabsichtigte Truppenverminderung im Rheinland,** die bekanntlich für heute erwartet wurde, **bisher noch nicht eingegangen.**

Abrüstungsdebatte auf der Tagung der Interparlamentarischen Union.

Eine Rede Sollmanns.

* **Paris.** (Telunion). Die Interparlamentarische Union begann gestern die **Debatte über die internationale Abrüstung.** Die Debatte wurde von dem Berichterstatter **Münch** eingeleitet, der darauf hinwies, daß der Hauptgedanke des von der Kommission für die Abrüstung ausgearbeiteten Planes darin bestehe, die Erhöhung der gegenwärtigen Rüstungen durch ein allgemeines Abkommen zu untersagen.

Im Laufe der Debatte ergriff auch **Reichstagsabgeordneter Sollmann** das Wort. Der Redner führte u. a. aus, daß man 9 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges vor der furchtbaren Tatsache stehe, daß eine Befriedung der Welt nicht eingetreten ist. Die Welt befinde sich nicht in einer Periode der Abrüstung, vielmehr sehe man in zahlreichen Ländern des Erdballs Aufrüstungen, die sich noch zu verstärken drohten. Die Friedensverträge von Versaille, St. Germain, Trianon, Neuilly haben vier europäischen Nationen sehr weitgehende Abrüstungen auferlegt.

Ende der internationalen Preßkonferenz.

)(**Genf,** 29. August. Die internationale Preßkonferenz ist heute abend nach fünftägigen Verhandlungen zu Ende gegangen. Am Schluß der Beratungen, die bis zum späten Abend dauerten, nahm die Konferenz noch **eine Reihe von Empfehlungen und Entschließungen** an, die im wesentlichen dazu dienen sollen, die Arbeiten der Konferenz durchzuführen oder fortzusetzen. Der Schlußansprache des Präsidenten gingen Ansprachen des amerikanischen Vertreters Shakey (Associated Preß) und des **deutschen Verlegers Professor Wolff** (Dresdn. Neueste Nachr.) voraus, in denen der Verdienste des Vorsitzenden, ferner des Generalsekretärs Sir Eric Drummond, des Direktors der Nachrichtenabteilung Pierre Cornert und mit besonders beifälligen Worten des Professors Wolff, sowie der ausgezeichneten Dolmetscher des Völkerbundes gedacht wurde. Lord Burnham gab in seiner Schlußansprache eine zusammenfassende Darstellung der Arbeiten dieser Konferenz, die er als die erste freie Interessentenkonferenz im Rahmen des Völkerbundes bezeichnete. Nach einem kurzen Dankeswort Sir Eric Drummonds für die ihm und seinen Mitarbeitern zuteil gewordene Ehrung wurde die Konferenz um 21 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Heimkehr Dr. Eckeners.

)(**Hamburg.** Dr. Hugo Eckener ist heute mit dem Dampfer Cap Polonio von seiner Südamerikareise wieder in Hamburg eingetroffen. Dr. Eckener reiste sofort nach seiner Ankunft über Frankfurt a. M. nach Friedrichshafen weiter.

SLUB Wir führen Wissen.